Das Vertrauen zu den gnädigen Herren

Autor(en): **Keller, Franz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 1

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-347505

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Das Vertrauen zu den gnädigen Herren

Fast zwei Drittel der Stimmberechtigten (62 Prozent) wollten sich am 4. Dezember 1977 zur Reichtumssteuer nicht äussern. Offenbar gönnen sie den Reichen das Geld und die Macht. So war es schon in der Alten Eidgenossenschaft vor der Französischen Revolution. Stadtbürger und Landmann dienten schweigsam den gnädigen Herren und neideten ihnen ihre Patrizierhäuser und Landsitze nicht. Nur unpopuläre Intellektuelle und Utopisten wie ein Pestalozzi wollten das System verändern und blickten hoffnungsvoll nach Frankreich. Und nur dank dem Einmarsch der Franzosen ging 1798 die Alte Eidgenossenschaft unter. Ein Volkszorn fehlte zur Revolution. Im Gegenteil: In der Innerschweiz wehrte sich das Volk heldenmütig gegen den Eindringling. Und noch ein halbes Jahrhundert später bildete es dort einen Sonderbund, um sich gegen die Gründung des demokratischen Bundesstaates zu wehren. Dieser ist nur nach blutiger Schlacht auch von den Innerschweizern angenommen worden, denn Bern und Zürich hatten ihnen gedroht, noch einmal nach Luzern zu marschieren, wenn sie nicht freisinnig wählen sollten.

Auch 1977 stellten sich die kleinen Bergkantone der Innerschweiz und von Appenzell am tapfersten vor ihre Reichen und lehnten die «Klassensteuer» für die Begüterten am wuchtigsten ab. Aber auch hier hat nur ein Drittel gekämpft. Die andern vertrauten darauf, dass es beim Alten bleiben werde. Es ist die schweigende Mehrheit, welche die Mächtigen machen lässt. Sie besitzt nicht so viel Geld, um sich gegen höhere Besteuerung wehren zu müssen, aber sie kennt auch keinen Neid, sondern gönnt den gnädigen Herren, die regieren oder Arbeit geben, den Besitz und das Ansehen. Es ist eine Vasallentreue, die bis ins Mittelalter zurückgeht. Im Krieg folgt man gern dem starken Führer und ist nach dem Sieg einverstanden, dass er sich auf eine Burg setzt und auch im Frieden für Recht und Ordnung sorgt. *Sergius Golowin* hat in seinem Bubenbergbuch gezeigt, welch grossen Respekt die regierenden Familien genossen, so dass ihre Söhne immer wieder in freier Wahl zu den höchsten Ämtern kamen. Auch im letzten Weltkrieg hat man das Bild des Generals freiwillig in jeder Wirtschaft und Amtsstube an die Wand gehängt.

Sigmund Freud hat den Respekt vor dem Führer auf die kindliche Anhänglichkeit zurückgeführt, die uns alle einmal an den Vater gebunden hat. Es bestand für ihn kein Zweifel, dass die Mehrheit der Erwachsenen sich immer noch gern führen lässt. Die geringe Stimmbeteiligung bei den meisten Wahlen und Abstimmungen gibt Freud recht. Aber auch Marx bekommt recht, denn er hat sogar innerhalb des Proletariats nur einer Minderheit, der Partei, «die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und

die Resultate der proletarischen Bewegung» zugetraut. In den sozialistischen Staaten des Ostens entspricht die Zahl der Parteimitglieder meistens nur jener Minderheit, die sich auch bei uns für eine fortschrittliche Politik einsetzt und dafür zur Urne geht. Es sind selten mehr als 15 Prozent der Stimmberechtigten, die sich an unseren Abstimmungen für den Fortschritt entscheiden. Die Reaktion kommt auch nur auf 20 Prozent oder etwas mehr. Dieser runde Fünftel des verantwortlichen Volkes vermag unsere soziale Entwicklung schon zu stoppen. In den Oststaaten ist er zum Schweigen verurteilt. Man darf nämlich ruhig annehmen, dass dort jene Mehrheit, die freiwillig schweigt, ebenso gross ist wie bei uns, also auch mehr als die Hälfte der Stimmfähigen umfasst. Die geringe Zahl der Dissidenten beweist es, und die psychoanalytische Beobachtung, dass sich die Menschen überall gern führen lassen, legt es nahe. Wer hingegen im Osten einer Partei beitritt, macht es aus den gleichen Motiven wie jene Leute, die bei uns fortschrittlich stimmen oder wählen. Man muss überall zwei Hauptmotive unterscheiden: Wer bei uns links wählt, gehört entweder zu den gesellschaftlich Benachteiligten und merkt das auch, oder er handelt nur aus sozialer Verantwortung. Und wer sich im Osten um Aufnahme in die KP oder eine andere Partei bemüht, will Karriere machen oder ist Idealist, der dann aber auch der Partei bald unbequem werden kann, selbst wenn er nicht zum Dissidenten wird.

Nicht alle Idealisten sind Intellektuelle, und noch lange nicht alle Intellektuellen sind Idealisten. Daher hat schon *Plato* die Führung des Staates nicht einfach den Gebildeten, sondern nur den Weisen anvertrauen wollen. Ihre Zahl ist viel kleiner als jene Fortschrittlichen, die heute zur Urne gehen, sahen wir doch, dass auch viele Arbeitnehmer nur an sich denken, wenn sie stimmen gehen. Besonders wenn sie die Stimmfaulheit überwinden wie in der Überfremdungsfrage, so geschieht es aus handfestem Egoismus. Man hoffte damals auf bessere Löhne und billigere Wohnungen. Aber dann kam die Krise, welche die Fremdarbeiter zwar nach Hause trieb, aber für viele Schweizer Kurzarbeit brachte oder Schlimmeres. Es gab zwar leere Wohnungen, aber die Hausbesitzer halten die Preise trotzdem hoch. Wegschicken der Fremdarbeiter nützt wenig, man muss das System verändern, wenn man sicher steigende Löhne und billige Wohnungen will! Weil die Reaktion diese Logik erfasst, schiesst sie sich auf die Systemveränderer ein und lässt sie weder Lehrer noch Offiziere werden. Sie folgt getreulich dem Beispiel marxistischer Diktaturen und findet zur Bespitzelung nicht nur ergebene Beamte, sondern sogar freiwillige Helfer. Gewiss ist bis jetzt noch keine Partei verboten worden, seitdem in Europa wieder Friede herrscht. Aber Hitler zuliebe war man mit dem Verbot der KP schnell zur Hand. Und würde eine nationale Partei es heute wagen, statt eines Jesuitenartikels einen Kommunistenartikel zu fordern und zu diesem Zweck eine Initiative zu lancieren, so würde diese mit grosser Wahrscheinlichkeit angenommen, ist doch auch für die Beibehaltung des

Jesuitenartikels ein grosser Teil des Volkes eingestanden, besonders in den protestantischen Kantonen, Demokratie hin oder her.

Das breite Volk steht auf der Seite der gnädigen Herren, die Häuser und oft auch Fabriken besitzen. Es gibt es vor allem durch sein Schweigen bei Abstimmungen über Reichtumssteuer und Sparpakete kund. Dass Prämien für AHV und Krankenkassen steigen, nimmt es in Kauf. Die gnädigen Herren lassen so viel Brosamen vom Tische fallen in Gestalt von Lohnverbesserungen und Zulagen, dass keine spürbare Not entsteht im zweitreichsten Land der Erde. Trotzdem sind auch bei uns die Tage des Wohlstands gezählt. Der Ölpreis steigt bestimmt, jetzt noch langsam, aber in absehbarer Zeit beträchtlich. Die andern Energiepreise werden mitgerissen, und die Rohstoffe werden ebenfalls knapper. Bald wird das Leben so teuer, dass die Brosamen vom Tische der Reichen nicht mehr genügen, um über den Abbau der staatlichen Sozialleistungen hinwegzutrösten. Dann wird die schweigende Mehrheit erwachen und für fortschrittliche Vorlagen immer mehr Stimmzettel einlegen. Der handfeste Egoismus, der unsere Arbeiter gegen die Fremdarbeiter in Bewegung setzte, wird sie dann doch gegen unsere Reichen mobilisieren. Wie schon jetzt das Ja für eine Umverteilung der Lasten aus den Industriegegenden des Jura vom Waadtland bis Basel kam, wird es in Zukunft auch von Norden her anwachsen und langsam die Alpen erreichen. So war es schon immer in unserer Geschichte. Die Städte haben den Fortschritt aufs Land getragen. Es waren im 18. Jahrhundert sogar weitblickende gnädige Herren, die den Bauern die Kartoffel brachten. Ludwig von Roll gründete im frühen 19. Jahrhundert die Eisenwerke, und in den Industriestädten kam es im 20. Jahrhundert zu roten Regierungen. Not lehrt nicht nur beten, sondern auch politisieren. Das hat schon der Bauernkrieg gezeigt. Nur in guten Zeiten vertraut man den Herren. Man wird die föderalistischen Scheuklappen ablegen, der Ständerat wird entmachtet werden, wie es schon mancher zweiten Kammer im Ausland geschah. Ja vielleicht wird man sich eines fernen Tages des Widerstandes von Gottfried Keller gegen Referendum und Initiative erinnern und die Gesetzgebung einzig und allein dem Nationalrat überlassen. Wie oft hat dieser das Volk doch schon im Verantwortungsgefühl übertroffen!

Franz Keller